

Stopp für Windräder

Neue Windparkzonen | Landesregierung will kein ungezügelt Wachsen der Windparks. Neue Zonen-Regelung bis Jahresende im Hinblick auf das Landschaftsbild in Ausarbeitung.

Von Martin Gebhart

Landeshauptmann Erwin Pröll hatte es schon in seiner Regierungserklärung auf den Tisch gelegt: Der Ausbau der Windkraftanlagen in NÖ muss neuen Regeln der Raumordnung unterzogen werden. Pröll: „Der Fortschritt in der Alternativen Energie darf nicht zum Rückschritt im Landschaftsbild werden.“ Bei der Klausur mit seiner ÖVP-Regierungsmannschaft in Langenlois wurden nun die konkreten Maßnahmen dazu festgelegt. Der wichtigste Punkt: Bevor es keine neue Zonen-Regelung für Windkraftträder gibt, werden vorerst keine neuen Widmungen mehr erteilt.

Zuletzt waren besonders im Wein- und Waldviertel immer wieder Windpark-Befürworter und Windpark-Gegner aufeinandergeprallt. Nach der Klausur in Langenlois bekräftigte Erwin Pröll zwar, dass der Weg der Energiewende – bis 2020 sollen 50 Prozent des Energiebedarfs in NÖ aus Erneuerbarer Energie gewonnen werden – unumkehrbar sei und die Windkraft dazu einen entscheidenden Beitrag leiste. Immerhin werde man bis Ende des Jahres 460 Anlagen in NÖ in Betrieb haben, wie rund 440.000 Haushalte im Land mit Strom versorgen. Aber: „Wir wollen einen kontrollierten Ausbau der Windkraft in Niederösterreich, der die Energieziele aber nicht gefährdet“, so Pröll.

Umweltlandesrat Stephan Pernkopf hat deswegen den Auftrag erhalten, für Windparks ein neues Raumordnungsprogramm zu erarbeiten. Darin sol-

len noch konkreter als derzeit jene Zonen festgelegt werden, die für Windparks geeignet sind. Bis zur Fertigstellung des Zonen-Plans wird es keine Wid-

„Wir wollen einen kontrollierten Ausbau der Windkraft garantieren, ohne unsere Energieziele zu gefährden.“

Landeshauptmann Erwin Pröll über neue Windpark-Regeln

mungen für neue Windräder geben, was der Landtag am 23. Mai in seiner ersten regulären Sitzung beschließen wird. Für alle Projekte, die zuletzt in Diskussion gestanden sind, gilt: Wer bis 23. Mai keine Widmung hat, der muss auf das neue Raumordnungsprogramm warten, das noch heuer fertig sein wird.

Gemischte Reaktionen auf Windpark-Stopp

Die erste Reaktion auf das vorübergehende Einfrieren der Windpark-Projekte kam von der IG Windkraft. Diese äußerte sofort ihre Befürchtungen, dass so die Windkraft in NÖ nicht weiterentwickelt werden könnte. Stefan Moidl, Geschäftsführer der Interessensgemeinschaft: „Wir sind seit Jahren in Diskussionen zur Raumordnung involviert, und es gibt jetzt schon Regionen, in denen eine Zonierung als kleinregionaler Prozess konstruktiv umgesetzt wird. Diese Projekte jetzt monatelang

in den Warteraum zu stellen, obwohl die Zonierung dort bereits abgeschlossen ist, kann ich nicht nachvollziehen.“ NÖ habe ohnehin bereits weltweit die größten Abstandsregeln für Windkraftanlagen bezogen auf Siedlungsgebiete.

Die Forderung der IG Windkraft: Der Widmungsstopp dürfe laufende Projekte nicht betreffen. Unproblematische Windkraftprojekte, die auch im Konsens mit der örtlichen Bevölkerung etwa durch eine Volksbefragung entwickelt worden sind, sollten auch nicht betroffen sein. Vor allem, wenn wesentliche Schritte wie die strategische Umweltprüfung und der Umwidmungsprozess bereits im Laufen wären, so die IG. Es gehe um Investitionen in Millionenhöhe und um zahlreiche Arbeitsplätze.

Begrüßt wurde das Moratorium für neue Windräder hingegen vom Umweltdachverband. Präsident Gerhard Heiligbrunner sieht den vorläufigen Widmungsstopp als „wichtig und richtig“ sowie als „weisen Entschluss in Sachen Bürgerfreundlichkeit“. Mitgliedorganisation des Umweltdachverbandes ist auch die IG Windkraft.

Für den Wildwuchs im Windkraftbereich macht Heiligbrunner auch die derzeitige Praxis von Abschlagzahlungen in der Höhe von bis zu 35.000 Euro pro Anlage und pro Jahr an die Standortgemeinden mitverantwortlich. Künftig sollten statt dieser Apanagen an die Standortgemeinden die Betreiber zu einer Landschaftsverbrauchsabgabe verpflichtet werden, so der Umweltdachverbands-Präsident.

Foto: Waaflsch



Grüne fechten Landtagswahl an



Minister Berlakovich im Kreuzfeuer

Spatenstich für Hochschulausbau